

# Kapitel

**Initiator\*innen:**

**Titel:** Soziales

**Text**

## **1 Soziales**

**2 Mit der SozCard wollen wir mehr Teilhabe für Menschen mit niedrigem Einkommen.**  
**3 Kita-Angebote müssen massiv und schnell ausgebaut werden. Das Jobcenter bekommt**  
**4 eine Ombudsstelle. Die Stadtverwaltung arbeitet künftig sozialraumorientiert und**  
**5 nach dem Prinzip „Hilfe aus einer Hand“.**

## **6 SozCard**

**7 Dank grüner Initiative wurde die SozCard eingeführt. Sie bietet allen**  
**8 Bürger:innen mit geringem Einkommen vergünstigten und unkomplizierten Zugang zu**  
**9 Kultur-, Sport- und Bildungsangeboten. Wir wollen das Angebot ausbauen und**  
**10 bekannter machen. Ergänzend soll die SozCard auch für ÖPNV-Angebote genutzt**  
**11 werden können.**

**12 Wir bauen die qualifizierte Schuldner:innen- und Insolvenzberatung aus und**  
**13 sorgen für eine regelmäßige Beratung in der Wohlverhaltensphase. Wir setzen uns**  
**14 ein für eine Schuldner:innenberatung auch für kleine Firmen und**  
**15 Freiberufler:innen. Um bürger:innennah und ansprechbar zu sein, ist es unser**  
**16 Ziel, das Beratungsangebot auch an den Stadtteilbüros anzubieten.**

**17 Wir wollen zur Hilfe aus einer Hand eine Koordinationsstelle einrichten, die**  
**18 Wegweiser für alle sozialen Belange der Stadt ist und Hilfesuchenden eine**  
**19 umfassende Beratung bietet.**

20 Im Zuge dessen ist es außerdem sinnvoll, das Ausländeramt dem Sozialreferat  
21 zuzuführen.

22 Sozialpolitik muss sich am konkreten Lebensraum ausrichten: Stadtteil,  
23 persönliche Kontakte, Nachbarschaft, Familie. So muss auch die Stadtverwaltung  
24 strukturiert sein: sozialräumlich, nicht nach Ämterzuständigkeit (Jugendamt,  
25 Ausländeramt, Wohnungsamt). Eine solche Sozialarbeit kooperiert mit sozialen  
26 Trägern im Bereich der Suchtberatung, Schuldnerberatung, Jugendhilfe,  
27 Migrationsdienste, aber auch mit Sportvereinen im Stadtteil, Schulen, Pfarreien  
28 und der Jugendszene im jeweiligen Viertel.

## 29 **Jobcenter**

30 Nach wie vor fordern wir eine Ombudsstelle für Jobcenter-Kund:innen bei  
31 Problemen. Eine Ombudsperson wird oftmals bei Behörden oder Organisationen  
32 vorgesehen mit dem Ziel, ungerechte Behandlungen von Personengruppen zu  
33 verhindern. Sie ist insofern Beschwerdestelle und versteht sich als Sprachrohr  
34 von Personen mit dem Ziel, Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit der  
35 Organisation/Behörde unbürokratisch und ohne gerichtliche Beteiligung zu  
36 schlichten. Sie unterstützt die Bürger:innen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte.  
37 Die Ombudsperson ist unabhängig und weisungsfrei, hat keine Anordnungsbefugnis  
38 der Behörde/Organisation gegenüber und ist daher regelmäßig auf Beratung und  
39 Vermittlung beschränkt. Zeitnah fordern wir eine Zufriedenheitsbefragung der  
40 Kund:innen im Jobcenter.

41 Mit einem Antrag haben wir dafür gesorgt, dass die Gewährung einmaliger  
42 Beihilfen an Leistungsbezieher:innen überprüft wird. Dazu gehört z. B. die  
43 Übernahme von Kosten für neue Wohnungsausstattung oder bei Schwangerschaft. Wir  
44 wollen erreichen, dass potenzielle Leistungsberechtigte proaktiv über ihre  
45 Rechte informiert werden.

46 Wir unterstützen weiterhin die Kooperation von Jobcenter und Stadtwerken. Wir  
47 wollen diesen Austausch erhalten. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den  
48 Wohlfahrtsverbänden über ehrenamtliche Berater:innen niedrigschwellige  
49 Energieberatungen anzubieten und Strom- und/oder Gassperren zu vermeiden.

## 50 **Menschen ohne Obdach**

51 Wir sehen es als Erfolg an, dass es nun eine sozialpädagogische Betreuung des  
52 Wohnheims für Obdachlose in der TH2 gibt und dass die Mindestausstattung mit  
53 Bett, Tisch, Sitzgelegenheit und Schrank in den Zimmern der TH2 beschlossen ist.  
54 Entgegen der jetzigen Praxis, dass zwangsweise Menschen zusammen in ein Zimmer

55 gelegt werden, während andere unbenutzt sind, fordern wir eine Einzelbelegung.

56 Obdachlose Frauen sind anderen Problemen und anderen Formen von Gewalt  
57 ausgesetzt als obdachlose Männer. Dies muss in dem Obdachlosenkonzept  
58 ausreichend und sensibel berücksichtigt werden. Wir freuen uns, dass nun  
59 Wohnungen explizit für Frauen und Frauen mit Kindern durch die Stadt angemietet  
60 werden.

61 In Zusammenarbeit mit „Menschen in Not“ muss es regelmäßige Wohnungsangebote  
62 geben, um Menschen aus der Obdachlosigkeit zu holen. Hierzu braucht es einen  
63 Runden Tisch, der von der Stadt initiiert wird. Wir wollen das Projekt  
64 „Übergangswohnen Plus“ finanziell dauerhaft absichern.

65 Dringend notwendig ist eine breit angelegte Betreuung der Menschen, die von  
66 Wohnungslosigkeit bedroht sind. Auch hier soll die Koordinierungsstelle *Hilfe*  
67 *aus einer Hand* Ansprechpartnerin sein.

## 68 **Familien und Kinder**

69 Die Stadt vergibt Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), durch das  
70 Kinder aus bedürftigen Familien Teilhabe z.B. an Klassenfahrten oder Vereinen  
71 ermöglicht wird. Die Stadt muss dies zugunsten der Kinder offensiv ausnutzen,  
72 stärker dafür werben und Familien, die Wohngeld oder Grundsicherung beziehen,  
73 mit den Bescheiden die BuT-Bescheinigungen gleich mitversenden, so dass  
74 möglichst viele Kinder Teilhabe an Bildung, Sport und schulischer Unterstützung  
75 haben. Vor allem ist eine regelmäßig stattfindende Beratung zu verfügbaren  
76 Unterstützungsangeboten notwendig. Dies kann von den Stadtteilbüros oder in den  
77 Schulen direkt geschehen.

78 Nur wenn die Betreuung für Kinder vom Kleinkind bis zum Schulbeginn umfassend  
79 und in guter Qualität gesichert ist, können beide Eltern nach der Elternzeit  
80 ihre Berufstätigkeit wieder aufnehmen.

81 Ebenso ist die Schulkindbetreuung weiter auszubauen (Siehe dazu Kapitel  
82 Bildung).

83 Kinder und Jugendliche brauchen vielfältige Angebote im öffentlichen Raum, die  
84 ihren Bewegungs- und Übungsbedürfnissen Rechnung tragen, dazu zählen wohnortnahe  
85 Spielplätze, Bolzplätze, auch solche mit Fußballtoren, Basketballkörben oder  
86 Skateanlagen. Als „Nutzer:innen“ müssen Kinder und Jugendliche eigene Ideen und  
87 Vorschläge in die Planungsprozesse einbringen können.

88 Bamberg braucht ein kostengünstiges oder gar kostenloses Ferienangebot,  
89 zumindest für die Inhaber:innen der SozCard.

90 Als besonders nachhaltige Unterstützung sehen wir die Beratungen und die Arbeit  
91 der „Frühen Hilfen“ sowie der Familienhebammen an. Wir werden darauf achten,  
92 dass beides ausgebaut wird.

93 **Inklusion**

94 Die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention soll in Bamberg weiter  
95 vorangetrieben werden in der Zusammenarbeit mit dem Beirat Menschen mit  
96 Behinderung, der Lebenshilfe, Integra Mensch und anderen Organisationen. Das  
97 inklusive Kulturprojekt KUFA soll langfristig auf finanziell stabile Beine  
98 gestellt werden.

99 Außerdem sollten die Induktionsanlagen in allen öffentlichen Gebäuden  
100 modernisiert und ausgebaut werden, um auch Menschen mit Hörbeeinträchtigung die  
101 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

102 **Wohnraum für Menschen mit Behinderung**

103 Wir wollen das Wohnangebot für Menschen mit psychischen Einschränkungen in  
104 Bamberg erweitern. Es ist der Bau eines inklusiven Wohnprojekts für erwachsene  
105 Menschen mit Behinderung und ohne Behinderung anzustreben, wie es schon in  
106 Städten wie Coburg und Bayreuth umgesetzt bzw. entwickelt worden ist. Ebenso  
107 besteht akuter Bedarf an Wohnraum und Förderstätten für erwachsene Menschen mit  
108 Schwerst- und Mehrfachbehinderung, die nicht in einer Werkstatt für behinderte  
109 Menschen tätig sein können und eine intensive Lebensbegleitung benötigen,  
110 dadurch werden auch Fahrtkosten gespart zu Förderstätten außerhalb Bamberg